

Respekt für das Völkerrecht in Gaza

Die Perspektive israelischer Völkerrechtler

Seit Oktober 2023 – dem Monat des massiven Angriffs der Hamas auf Israel – hat eine Gruppe renommierter israelischer Völkerrechtswissenschaftler zahlreiche Briefe und Memoranden verfasst, in denen sie ihre Besorgnis über viele Aspekte des Gaza-Krieges aus völkerrechtlicher, insbesondere humanitär-völkerrechtlicher, Sicht zum Ausdruck bringen. Die meisten dieser Dokumente wurden von mehreren dieser Wissenschaftler persönlich unterzeichnet (die Liste der Unterzeichner variiert jedoch von Brief zu Brief). Einige wenige wurden im Rahmen des Israelischen Forums für Demokratie von Rechtsprofessoren ([Israeli Law Professors' Forum for Democracy](#), ILPFD) verfasst. Dabei handelt es sich um eine deutlich größere Gruppe, die sich vor allem gegen den von der israelischen Regierung in den letzten Jahren vorangetriebenen – rechtsstaatlich bedenklichen – Umbau des Justizsystems einsetzt. Einige Mitglieder der Gruppe beteiligten sich zudem an einer Petition an den Obersten Gerichtshof (High Court of Justice, HCJ) gegen ein kürzlich verabschiedetes Gesetz, das Personen, die internationale Strafverfahren unterstützen, die Einreise nach Israel verbietet (siehe [hier](#)).

Unmittelbar nach dem Anschlag vom 7. Oktober 2023 verfassten einige Mitglieder dieser Gruppe einen Brief, in dem sie das Verhalten der Hamas aus der Perspektive des humanitären Völkerrechts und des Völkerstrafrechts analysierten. Dieser Brief wurde anschließend von zahlreichen Völkerrechtlern aus anderen Ländern unterzeichnet, darunter auch diesem Autor (siehe [hier](#)). Die seither verfassten Briefe und Memoranden wurden an den Generalstaatsanwalt Israels, den Militärgeneralanwalt, den Verteidigungsminister und andere Politiker sowie an Medienvertreter und den Obersten Gerichtshof gerichtet; einige wurden auch als öffentliche Stellungnahmen veröffentlicht oder zuvor in den sozialen Medien verbreitet. Bisher wurde nur einer der Briefe, nämlich der letzte vom 10. Juli 2025, der sich mit dem Vorschlag zur Errichtung einer „[Humanitären Stadt auf den Ruinen Rafahs](#)“ im Süden des Gaza-Streifens befasst, „offiziell“ veröffentlicht (siehe [hier](#) und auch hier, Nr. 18). Bis heute haben die Verfasser auf keinen der Briefe eine substantielle Antwort erhalten.

Angesichts der Bedeutung dieser Dokumente sowohl in rechtsdogmatischer und zeitgeschichtlicher Hinsicht als auch zur Hervorhebung der Arbeit dieser Kolleginnen und Kollegen haben wir um ihre Veröffentlichung ersucht und können diese nun über das Archiv des Verfassungsblog in englischer Sprache (Übersetzung aus dem hebräischen Original) zugänglich machen (für eine chronologische Übersicht aller 18 Dokumente siehe [hier](#)) In einer parallelen englischen Veröffentlichung ([hier](#)) wurden die Dokumente systematisch aufgearbeitet,¹ wobei folgende Themen aus völkerrechtlicher Sicht analysiert wurden:

- (Nord)Gaza: Evakuierung und Rückkehr der Bewohner, humanitäre Verpflichtungen Israels
- Totalblockade der humanitären Hilfe
- Analyse und Folgen der Anordnungen des Internationalen Gerichtshof im [Verfahren Südafrika gegen Israel](#) wegen eines möglichen Genozids in Gaza
- Stellungnahmen, u.a. Aufstachelung zu Genozid
- Appell an israelische Medien
- Misshandlung und Tod palästinensischer Gefangener
- (weitere) Kriegsverbrechen und Pflicht zu Ermittlungen

Die Dokumente belegen nicht nur die hohe Expertise ihrer Autoren, sondern auch ein bedingungsloses Bekenntnis zum (humanitären) Völkerrecht. Ein solches Bekenntnis und das entsprechende Engagement haben die große Mehrheit der israelischen Völkerrechtler seit jeher gezeigt, ungeachtet der unterschiedlichen Ansichten, die jeder juristische Beurteilung eines konkreten Sachverhalts immanent ist. Das bedingungslose Bekenntnis zum Völkerrecht ist besonders wichtig in diesen herausfordernden Zeiten, in denen das Völkerrecht von verschiedenen Seiten angegriffen und in Frage gestellt wird. So benötigt es gerade heute unsere volle Unterstützung als Juristen im Allgemeinen und Völkerrechtler im Besonderen (siehe [hier](#)), aber auch als rechtstaatliche gesinnte Bürger. Zugleich wäre jede Form des Boykotts unserer akademischen Kollegen und Freunde in Israel kontraproduktiv und würde nicht nur der Rechtsstaatlichkeit in Israel sondern auch dem Völkerrecht insgesamt einen Bärendienst erweisen. Wir veröffentlichen diese Dokumente deshalb auch, um deutlich zu machen,

¹ Dabei ist zu beachten, dass die Unterzeichner jedes Dokuments variieren, weshalb einem Mitglied der Gruppe die in einem Dokument zum Ausdruck gebrachten Positionen nur dann zugerechnet werden können, wenn es dieses Dokument persönlich unterzeichnet hat.

dass wir – als Juristen und Völkerrechtler – im Kampf für das Völkerrecht, in Gaza und darüber hinaus, alle vereint sind und zusammenstehen müssen.